

# **Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

## **Vor einer stürmischen Zukunft? – Die USA und die EU im neuen Jahrtausend**

*I. Einleitung* — Dieser Beitrag befasst sich mit den Beziehungen zwischen den USA und der EU – bzw. der Europäischen Gemeinschaft (EG) – und den Perspektiven für die Sicherheits-, Wirtschafts- und die Außenpolitik beider Partner. Meine These ist, dass sich die USA so lange mit Europa eng verbunden fühlen werden, wie sie in diesem Verhältnis ihre vitalen nationalen Interessen verfolgen zu können glauben. Trotz einiger Stolpersteine werden die in den vergangenen 60 Jahren mit Europa und Japan entstandenen kulturellen Beziehungen den Ausschlag für den Fortbestand des gegenseitigen *goodwill*, der Zusammenarbeit und guter Beziehungen geben. Sieht man von den derzeitigen ›interkulturellen‹ Schwierigkeiten im Umgang miteinander einmal ab, so darf man zuversichtlich sein, dass auch im nächsten Vierteljahrhundert von den bisherigen positiven Beziehungen wichtige Impulse ausgehen.

Die meisten US-Bürger messen internationalen Zusammenschlüssen wie der EU oder der NATO nur geringen Stellenwert bei. Umfragen in den USA zufolge interessieren sich trotz der Anschläge des 11. September 2001 und des aktuellen Golfkriegs nur wenige Wähler für die Grundzüge der Außenpolitik. Das allgemeine Interesse gilt vielmehr innenpolitischen Fragen wie der Höhe der Steuern, dem Zustand des Arbeitsmarktes, der Wirtschaft, der Gesundheitsvorsorge, der Bildung, dem Stand der Kriminalität, dem Sozialwesen, der Zulässigkeit der Abtreibung oder den Charakterfehlern von Politikern.

Dennoch werden das globale Sicherheits- und Wirtschaftssystem und der Wohlstand und die Sicherheit im jeweils eigenen Land entscheidend durch die Einflüsse der EU, der USA, Deutschlands oder Japans geprägt. Und die Kosten des Engagements der Staaten insbesondere in der Außenpolitik, in der Auslandshilfe und der Verteidigung müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden.

Die jährlichen Rüstungsausgaben der USA betragen allein über 400 Mrd. US-Dollar. Tagtäglich finden weltweite Finanztransaktionen im Wert von über einer Billion Dollar statt. Nach Kanada waren schon 1994 die EU-Länder größter Handelspartner der USA mit einem bilateralen Handelsvolumen von 230 Mrd. Dollar. Die Kapitalinvestitionen der EU-Länder in den USA betragen im Jahr 1992 219 Mrd. Dollar. Umgekehrt investierten die USA 201 Mrd. Dollar in den EU-Ländern. Im Jahr 2001 betrug allein das Volumen des Agrarhandels zwischen den USA und der EU 276 Mrd. Euro. Dieser Handel hatte einen Anteil von 19% an

den EU-Warenimporten und 25% an den EU-Warenexporten. Der auf die USA entfallende Anteil an Dienstleistungen und Kapitalexporten der EU machte 69% ihres gesamten Kapitalverkehrs aus.

In *Sicherheitsfragen* arbeiten die USA und die EU seit langem zusammen. Sowohl die EU als auch die USA sind Mitgliedstaaten in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE). Beide Seiten kooperierten 1991 im ersten Golfkrieg und im Afghanistan-Krieg, überwachen in Bosnien gemeinsam die Waffenruhe und teilen sich dort die Kosten für den Wiederaufbau. Die Militärorganisation der EU, die WEU, ist eng mit der NATO verbunden. Die NATO-Pläne für eine Osterweiterung waren mit der EU-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa verknüpft. Bisher strebten die EU und die USA gemeinsam danach, z.B. durch ein Testverbot für Nuklear- und chemische Waffen und die Fortführung des mit Russland begonnenen Prozesses zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, um gemeinsam für die Sicherheit und den Weltfrieden zu wirken.

Seit dem 11. September 2001 hat sich auch hier vieles verändert. Jetzt befinden wir uns in einer neuen Phase eines amerikanisch-nationalistischen Unilateralismus, der den Interessen der USA die höchste Priorität verleiht.

*II. Politische Kultur und nationale Charakteristika der USA* — Als Faktoren der Außen- und Wirtschaftspolitik der USA werden häufig einige ›typisch amerikanische‹ Merkmale identifiziert. Diesen Wesenszügen entsprechen die geläufigen Selbstzuschreibungen der US-Amerikaner: Sie halten sich und ihre Kultur für ›moralisch überlegen‹, wenn nicht sogar – wie es *Ronald Reagan* einmal formulierte – von Gott dafür eingesetzt, die Welt zu führen. Insofern fühlen sich die US-Amerikaner zu Kreuzzügen für die Moral berufen. Dabei bilden Konservative und Liberale nur zwei Seiten derselben Medaille, ausgerichtet auf jeweils ein bestimmtes Segment des gemeinsamen *American dream*.

*Liberale Demokraten* von heute fordern die Wahrung der Bürgerrechte und bürgerlichen Freiheiten, den Schutz von Individuen und Gruppen vor Eingriffen durch die Regierung. Gleichzeitig nehmen sie ihre politische Verantwortung wahr, indem sie mit *Anti-Trust*-Prozessen, Initiativen zur gesetzlichen Regulierung des Freihandels und der Verteidigung der Versammlungsfreiheit der Arbeitnehmer die Auswüchse des Kapitalismus einzudämmen suchen.

*Konservative Republikaner* halten dagegen traditionellerweise die Fahne eines wirtschaftlichen *laissez faire* hoch, verfechten den freien Handel und das freie Unternehmertum, und sie vertreten die Meinung, dass der allgegenwärtige Staat eher das gemeinsame Problem aller darstelle als dessen Lösung.

Viele Amerikaner finden es richtig, die Demokratie in alle Welt zu exportieren. Ihr Hang zum Idealismus – weniger zur Realpolitik – macht sie zu Anti-Kolonialisten und veranlasst sie, internationale Hilfsleistungen, die Einhaltung der Menschenrechte und den Frieden zu fordern. Nicht selten mischen sich US-Amerikaner in die Angelegenheiten anderer ein – z.B. auf Haiti im Jahr 2004 –

und dienen ihnen ihre Sprache, ihre Unterhaltungsfilm und kulturellen Werte an. Sie beanspruchen zwar, Anti-Rassisten zu sein, zeigen sich aber gleichzeitig unfähig, andere wirklich zu verstehen, zu achten oder zu akzeptieren. Diese Eigenart wird besonders deutlich, wenn z.B. in Meinungsumfragen zwei von drei Weißen schlankweg behaupten, in Amerika gäbe es keinen Rassismus; zwei von drei *Afro-Amerikaner* sind da durchaus gegenteiliger Ansicht. Mit dem Begriff des *Pragmatismus* schließlich, dem Beitrag der USA zum philosophischen Diskurs, wird die Haltung umschrieben, scheinbar unabänderliche Grundsätze Kompromissen zu opfern, wenn es gilt, Dinge in Bewegung zu setzen und überhaupt Ergebnisse zu erzielen.

Diese Werte wirken sich auch auf die Lebensführung der US-Amerikaner selbst aus. So glauben z.B. fast zwei Drittel von ihnen nicht nur an die Existenz von Engeln, sondern auch, dass diese wirklich auf Erden weilen und Einfluss auf ihre Geschehnisse nehmen. Da 90% aller US-Amerikaner sich zugleich zum Glauben an Gott bekennen, ist es nicht verwunderlich, dass Evangelikale und andere Missionare sowie Politiker – auch solche, die von erlebter Wiedergeburt berichten – mit Hilfe beliebter TV-Sendungen große Massen ansprechen.

Eine Reihe von Wissenschaftlern hat sich mit den Grundprinzipien der politischen Kultur Amerikas befasst und darüber publiziert. So führt *Robert Brown* (2000) als gegenwärtige nationale Hauptmerkmale »Individualismus« und »Eigeninteresse« an, ferner »Unilateralismus« und »Pseudoisolationismus«, »ökumenische Doktrinen« und »extremen Moralismus«.<sup>1</sup> Der bereits in den frühen Tagen der Nationalstaatsgründung weit verbreitete »Isolationismus« habe zu mancher Militärintervention geführt: besonders auf dem amerikanischen und, weniger aktiv, auf dem europäischen Kontinent. Weltweit traten amerikanische Wirtschaftsunternehmen aggressiv auf, um Afrika, Lateinamerika und Asien für den amerikanischen Handel, für Gewerbe und Ausbeutung zu erschließen. Das hat Auswirkungen auf andere: Setzt eine Seite ihr Eigeninteresse absolut, so erschwert das den wechselseitigen Nutzen jedweden Austausches, gleichgültig ob in geschäftlichen, politischen oder sozialen Bereichen. Mit der isolationistischen Tendenz in der politischen Kultur Amerikas ist auch das Bestreben verbunden, das eigene Land durch eine weltraumgestützte Raketenabwehr zu sichern, oder die Idee, das Konzept militärischer Abschreckung eines möglichen Gegners durch die Option eines präventiven Erstschlags zu ersetzen.

Diese amerikanischen Werte sind aber weder widerspruchsfrei noch eindeutig. US-Amerikaner sind imstande, realitätsbezogen zu denken und – etwa in Kriegszeiten – auch eine zentralisierte Wirtschafts- und Industriepolitik zu befürworten, gegen die Apartheidspolitik Südafrikas Wirtschaftssanktionen zu verhängen oder die eigenen Einwanderungsquoten dem Migrationsdruck aus Lateinamerika und Asien anzupassen. Die Bereitschaft der USA, Kompromisse zu schließen, ist gegeben. Dem Durchschnittsamerikaner fällt es nicht schwer, dieser Politik zuzu-

stimmen, und niemand stört sich am latenten Gegensatz von ›Isolationismus‹ und ›Internationalismus‹.

Globaler Internationalismus, eine Politik der Eindämmung und Abschreckung möglicher Gegner und ein profunder Antikommunismus waren in den letzten 50 Jahren wesentliche Säulen der US-Außenpolitik. Seit den 1990er Jahren ist nun das Entstehen eines *Neo-Isolationismus* zu beobachten. Präsident *George W. Bush* ist wegen seiner Ablehnung des Kioto-Protokolls zum Klimaschutz und des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ebenso wie wegen seines angekündigten militärischen Alleinganges gegen den Irak als ›Unilateralist‹ bezeichnet worden – nicht zuletzt wegen seiner Zielsetzung, eine weltraumgestützte Raketenabwehr aufzubauen und eine neue Erstschlagsstrategie gegenüber einer Reihe von ›Schurkenstaaten‹ zu vertreten, die um den besiegten Irak, den Iran, das derzeit allerdings wieder freundliche Libyen und das feindliche Nordkorea erweitert wurde.

Die Grundlage des US-Isolationismus ist allerdings nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Ein erstarkender Isolationismus in der Außenpolitik könnte den wirtschaftlichen Wachstumszielen zuwiderlaufen und verhindern, dass die US-Amerikaner von einer ausbalancierten, ohne Reibungen funktionierenden Weltwirtschaft profitieren können. Eine Verbesserung der weltweiten Beziehungen der USA könnte manchen ihrer ›Wildwest‹-Methoden die Härte nehmen und helfen, die nachteiligen Folgen von Moralismus, missionarischem Nationalismus, Militarismus, Autoritarismus, hohlem und abgedroschenem Idealismus und unbewusstem Rassismus zu mildern.

*Charles Kupchan* spricht vom »Ende der amerikanischen Ära« angesichts des Aufstiegs der Europäischen Union zu neuer geopolitischer Kraft und Weltgeltung.<sup>2</sup> Die ›Vormacht‹ USA könne im 21. Jahrhundert von der EU abgelöst werden. Andere Länder wie Russland, China und Japan seien ebenfalls auf dem Vormarsch und konkurrierten mit den USA um die geopolitische Vorherrschaft über Handel, Industrie und Militär. Die in den 1990er Jahren wirksame internationale Orientierung der USA sei vorüber, die Rückkehr zu isolationistischen Zielen mit Vorrang für die innere Sicherheit, Terrorismusbekämpfung und eine die eigene Unverwundbarkeit anstrebende Raketenabwehr sei bereits ausgemacht. Die Vereinigten Staaten hätten sich auf einen unilateralistischen Weg begeben; *George W. Bush* habe die USA auf den langen Pfad gebrochener Versprechen und nicht eingehaltener Vereinbarungen zurückgeführt. So kürze er z.B. die Beiträge zu Institutionen der UN und deren Beratungsangeboten zur Familienplanung in Ländern der Dritten Welt mit hohen Erkrankungszahlen für Tuberkulose und Aids. Während der ›Krieg gegen Terrorismus‹ und der Feldzug in Afghanistan noch internationale Unterstützung fanden, konnte Bushs Krieg gegen den Irak nur eine »Koalition der Willigen« begeistern.

Jetzt aber seien Massenmedien und öffentliche Meinung zur innenpolitischen und heimischen Tagesordnung zurückgekehrt. Die US-Öffentlichkeit sei nur noch mit dem beschäftigt, was zu Hause passiert. Ein liberaler Internationalismus werde

gleichermaßen von Isolationisten und Unilateralisten bedroht. Es verstärkte sich daher in den USA das Gefühl eines »Demokratiedefizits«, wie Kupchan meint.

In der Gesellschaft seien Werte wie Teilhabe bzw. Mitbestimmung und staatsbürgerliche Gesinnung im Ansehen gesunken, während die Abhängigkeit von Informationstechnologien und Medien gestiegen sei. Mehr als ein Drittel der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur sei zwischen 1975 und 1995 verschwunden. Politik im Fernsehen oder im Internet ersetze nicht persönlichen Kontakt zu Politikern und konkrete Teilhabe an der Demokratie. Dies aber sei für eine gemeinsame Rechtskultur, eine zivile Gesellschaft und Gemeinschaft in der Zukunft unerlässlich. Das »digitale Zeitalter« fördere Selbstgenügsamkeit und Individualisierung, was zu einer Art abhängiger »Cyber-Leibeigenschaft« geführt habe. Egoismus nehme überhand, zusammen mit einer überall anzutreffenden Leidenschaft für Geländewagen, deren hoher Benzinverbrauch und Kohlendioxid-Ausstoß ignoriert würden. Amerikanische Jugendliche seien heute materialistischer und abhängiger von der Unterhaltungselektronik als jede andere Generation zuvor. Drei von vier US-Amerikanern vertrauten nicht mehr darauf, dass die Regierung in der Regel tue, was richtig ist. Die US-Medien verbreiteten ein dezidiert negatives Bild von Politik, Politikern und Regierung, was die öffentliche Meinung entsprechend beeinflusse. Kostspielige Medienkampagnen würden für den politischen Erfolg eingesetzt, wie bei den US-Bundeswahlen des Jahres 2000, die 4 Mrd. Dollar kosteten, während die kommende Wahl 2004 noch 20% kostspieliger werde. Ein kürzlich verabschiedetes Gesetz zur Kampagnenfinanzierung sei wirkungslos.

Mit den digitalen Medien sei auf Grund ihres großen Einflusses auf die politischen Entscheidungsträger der Nation notwendigerweise ein *korporativer Kapitalismus* verknüpft. Korrupte Führungskräfte von Firmen wie Enron und World Com hätten fast die Hälfte aller Kongressmitglieder ebenso wie die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten »gekauft«, mit der Folge, dass die Öffentlichkeit auch das Vertrauen in die Wirtschaftsführer und deren Kontrollinstanzen verloren habe. Festzustellen seien ernsthafte Ermüdungserscheinungen gegenüber der Politik, ein Gefühl der »nationalen Malaise« und andere krisenhafte Symptome.

Erst mit einigen neuen Politikthemen wie dem Verbot von Landminen, dem Kampf um die Menschenrechte, für die Umwelt und gegen die Globalisierung seien politische Initiativen über das Internet internationalisiert worden. Hier seien zwar noch keine eindeutigen Ergebnis- oder Erfolgsmuster erkennbar. Aber das neue Digitalzeitalter könne jene Grundideologie des Nationalismus verändern, die den marktwirtschaftlichen Demokratien bisher ihre Stabilität verliehen hat. Arbeit sei individualisierter geworden, Arbeitnehmer arbeiteten daheim; Gewerkschaften lösten sich auf, soziale Beziehungen zerbrächen; Arbeitsorte veränderten sich; und die Städte, deren Bewohner entweder Reiche oder Angehörige aus Unterschichten oder Minderheiten sind, schrumpften und verfielen. Der »Schmelztiegel« von gestern werde durch eine ethnische Ghettoisierung abgelöst, die zur Errichtung

bewachter Wohn-Enklaven geführt habe und die rassisch-ethnische Isolation an den Schulen ebenso mit sich brächte wie neue Grenzziehungen in den Städten.

Der Handel mit Mexiko und Kanada etabliere neue kommerzielle Verbindungen, die viel wichtiger als die althergebrachten inneren Wirtschaftsbeziehungen würden. All diese Phänomene führten zu einer neuen Tendenz im 21. Jahrhundert: der politischen Fragmentierung und Entzweiung Amerikas. Ein neuer Patriotismus und eine internationale Ausrichtung seien nötig, um diesem Trend zu begegnen.

Das Internet bedürfe unbedingt der politischen Zählung, wie auch Präsidentschaftskandidat *Howard Dean* forderte, und das bürgerschaftliche Engagement solle gefördert werden. Jenem Rassismus, der zu immer mehr städtischer und schulischer Isolation führe, müsse begegnet werden durch regionale Integration: die Bastionen des Rassismus, der Isolation und der Ausgrenzung müssten gestürmt werden. Das neue digitale Zeitalter könne politische, ökonomische und soziale Krisen im eigenen Land beschleunigen, Polarisierungen und fehlgeleiteten Nationalismus im Ausland begünstigen und Konflikte zwischen Staaten mit unterschiedlichen Stufen der Entwicklung, Macht und Geschichte vorantreiben.

*Kawachi* und *Kennedy* (2002) weisen darüber hinaus auf die soziale Ungleichheit als Ursache gesellschaftlicher Nachteile hin.<sup>3</sup> Je ungleicher die Verteilung des Reichtums ist, desto geringer sei die relative ›Gesundheit‹ der Gesellschaft. Und die Armen, die nicht wie die Reichen zu den Wahlkampfkassen beitragen können, würden von ihren gewählten Vertretern entsprechend ärmlich bedient. Die hohen Wahlkampfkosten führten dazu, dass manche Reiche ›ihre‹ Kandidaten in der Hand haben, sie ›besitzen‹, und ihre Interessen anerkannt fänden, indem sie in die Gesetzgebung eingingen. Die Höhe des bereitstehenden Geldes entscheide mehr über den Wahlerfolg als die Zahl der ehrenamtlichen Helfer.

Die zivilgesellschaftliche Infrastruktur und ihre Einrichtungen fördern die Entwicklung jener Fähigkeiten und Einstellungen, die für die politische Partizipation unerlässlich sind. *Verba* u.a. untersuchten, inwieweit politisches Engagement auch in die unpolitischen Institutionen einer Zivilgesellschaft eingebettet ist.<sup>4</sup> Sie fanden z.B., dass die Wahlbeteiligung umso höher ausfällt, je mehr ›Sozialkapital‹ z.B. in Form des allgemeinen gegenseitigen Vertrauens vorhanden ist. Je geringer dagegen das zwischenmenschliche Vertrauen, desto größer werde die Kluft zwischen Arm und Reich bei der politischen Mitwirkung etwa in sozialen Diensten oder ehrenamtlichen Tätigkeiten. Unterschiedliche Vertrauensniveaus ständen dabei in engem Zusammenhang zu jeweils unterschiedlichen politisch-kulturellen Regionen der USA: der »moralistischen« (der Norden, z.B. Vermont), der »traditionell-paternalistischen« (der Süden, z.B. Alabama) und der »individualistischen« Region (Mittlerer Westen).

Auch Einkommensungleichheiten zeigen Auswirkungen auf das soziale Zugehörigkeitsgefühl: Je mehr Zeit Menschen zur Erarbeitung ihres Lebensunterhaltes aufwenden müssen, desto weniger können sie sich ihren Familien, sozialen Diensten, der Freiwilligenarbeit und anderen geselligen Aktivitäten widmen, die das

gesellschaftliche Leben bereichern. Dabei wachse die ökonomische Ungleichheit mit dem Rückgang von Investitionen in das Sozialkapital.

Die Regierungsprogramme von 1977 bis 1995 erhöhten die Steuerlast für Einkommensschwache leicht, sparten die Mittelschicht aus und reduzierten die Belastungen für die Oberschicht derart, dass diese durchschnittlich 37.000 Dollar weniger Steuern zahlte. Die letzte *Reduzierung der Steuersätze* hat die Reichen überproportional begünstigt, während die Mittelschicht weitgehend unberücksichtigt blieb. In der Öffentlichkeit wurden die Steuerkürzungen mehrheitlich begrüßt, während die Meinungen zu einem nationalen Drogenprogramm, zum staatlichen Bildungswesen und zu verbesserten Sozialversicherungsprogrammen geteilt blieben. Von einer »negativen Einkommensteuer für Arme«, wie sie einst der konservative Ökonom *Milton Friedman* vorschlug, redet niemand mehr.

Die US-Amerikaner befürworten zumeist nicht das politische Ziel, bestehende Einkommensunterschiede mit Hilfe staatlicher Politik zu kompensieren. Weder möchten sie die Reichen besteuert wissen, um den Armen zu helfen, noch fordern sie, dass den Arbeitslosen ein bescheidener Lebensstandard gesichert werde. Zwar sind über 60% der US-Amerikaner mit niedrigem Einkommen dafür, dass der Staat allen Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz verschaffen möge. Dem stimmen aber nur 32% der Besserverdienenden zu. Amerikaner begrüßen die Chancengleichheit vor allem, weil sich darauf die Existenz von Ungleichheit zurückführen lässt. Ökonomische oder soziale *Gleichheit* ist für sie nicht erstrebenswert. Sie mögen nicht durch irgendwelche Beschränkungen daran gehindert werden, Vermögen anzuhäufen. Diese Einstellung ist vorherrschend, obwohl Arbeiter in den USA nicht häufiger als Arbeiter in anderen Ländern in besser bezahlte Positionen aufsteigen und ihre ökonomische Mobilität geringer ist als die ihrer Kollegen in den fünf führenden westeuropäischen Ländern. Amerikaner haben für Steuern nichts übrig, weil sie kaum von ihren Steuerzahlungen profitieren, sieht man von örtlichen Schulprogrammen sowie der Unterhaltung der Landstraßen und des Militärs ab. Im Vergleich unter den 20 führenden Industrienationen machten im Jahr 1995 in den USA die Steuern den geringsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt aus.

Der »Turbokapitalismus« US-amerikanischer Art beherrscht die Welt eben auch ideologisch. Dem eigenen Selbstverständnis nach liegt dies – auch dank der »unsichtbaren Hand Gottes« – in der Natur der Sache. Aber auch eine zentrale strategische Planung mit der zugehörigen Hinterlist, Strategie und Nötigung forciert dieses System, das sich auf Ideologie und Glauben stützt. Der internationale Währungsfonds und die US-Regierung haben mehreren Opferstaaten wie z.B. Korea und Haiti, die 1997 Wirtschaftskrisen entgegengingen, ihre Variante eines globalen Kapitalismus aufgezwungen. In den USA selbst ist darüber eine Situation entstanden, in der über 30 Millionen Amerikaner Hunger leiden, während 20% der Bevölkerung als fettleibig gelten. Wer nicht ohnehin davon überzeugt ist, dass die US-Wirtschaft ein Hort von *goodwill* und Menschlichkeit ist, dem wird durch ständige Berichte über den Stand von Aktienindizes wie *Dow Jones*, *S&P 500* und



NASDAQ der Glaube an den guten Gesundheitszustand des Landes vermittelt. Alle Indikatoren für *soziale Gesundheit* offenbaren aber, dass den Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren keinerlei Verbesserung der wichtigsten Messgrößen gelungen ist, mit Ausnahme von rückläufigen Zahlen bei minderjährigen Müttern und Schulabbrechern. Der US-amerikanische Turbokapitalismus verursacht Kosten in einer Höhe, die jeden anderen Staat davon abhalten sollte, unserem Gesellschaftsmodell mit seinen Begleiterscheinungen wie den vielen Fällen von Gewaltverbrechen, hohen Gefängnisstrafen, Rassenkonflikten, Familienzerstörung und sozialer Kälte nachzueifern. Die Vereinigten Staaten bezahlen zu viel für ihr Gesundheitswesen und landen im Vergleich dennoch fast am Schluss hinter 22 anderen Ländern.

Gibt es nun mehr kulturelle *Übereinstimmungen* oder mehr *Unterschiede* zwischen Europäern und Amerikanern, die Auswirkungen auf die zukünftigen US-EU-Beziehungen haben können? Bei einem Seminar der Europäischen Kommission im Juli 2000 mit dem Titel »Sind aus Freunden Feinde geworden?« waren die Teilnehmer der Meinung, dass die Differenzen zwischen der EU und den USA »keine unüberwindbaren kulturellen Hürden darstellen, sondern Ergebnis unterschiedlicher Methoden beim Verfolg gemeinsamer Ziele sind.«

George Bush ist in Europa bekanntlich eher unbeliebt, während die Weltpolitik *Bill Clintons* hier viel Unterstützung fand. Man beklagt, dass Bush ausschließlich im Interesse der USA agiere und weder Europa noch die Europäer verstehe. Demgegenüber befürworteten 45% der Amerikaner *vor* dem 11. September 2001 Bushs Außenpolitik und 50% zeigten sich mit seiner Amtsführung zufrieden. Bushs Haltung zum Kioto-Protokoll lehnten die Europäer ganz überwiegend ab, während in den USA nur 44% der Befragten dies taten. Ebenso kritisieren die Europäer den Rückzug Bushs aus dem mit Russland geschlossenen ABM-Vertrag über den Verzicht auf eine weltraumgestützte Raketenabwehr und seine Position zur globalen Erwärmung. Dagegen billigen 42% der US-Amerikaner ein derartiges Raketenabwehrsystem, auch wenn dafür die ABM-Verträge aufzukündigen wären.

Die meisten Europäer sind der Ansicht, dass die USA und die EU nicht dauerhaft auf Distanz zueinander gehen. Nur einer von fünf Befragten glaubt an eine ernsthafte Entfremdung. Bushs Ansichten zur Todesstrafe sind in Europa natürlich weitgehend unpopulär. Diejenigen, die einen Bruch der transatlantischen Beziehungen erwarten, begründen dies u.a. mit einem politischen Gewichtszuwachs der EU, ferner einem wachsenden Misstrauen gegenüber US-amerikanischen, multinationalen Unternehmen, dem Fehlen eines gemeinsamen Feindes und mit kulturellen Unterschieden.

Eine andere, *nach* dem 11. September 2001 in den USA sowie in der EU durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass nur 18% der Amerikaner annahmen, dass die US-Politik selbst die Anschläge hervorgerufen habe, während dies immerhin 36% der Westeuropäer meinten. Zwei Drittel der Westeuropäer fanden es positiv, wenn sich die USA einmal »verwundbar« fühlten, damit sie ihre Politik änderten.

Viele Menschen in den USA trauen ihrem Land zu, Frieden im Nahen Osten herbeiführen zu können. Sie haben auch nichts gegen den Export von US-Produkten und der US-Populärkultur. Während 70% der US-amerikanischen Befragten behaupten, die Vereinigten Staaten nähmen Rücksicht auf ihre Verbündeten, sind gleich viele westeuropäische Befragte der genau gegenteiligen Ansicht. Etliche andere vor dem 11. September 2001 verbreitete Einschätzungen – etwa zum Unilateralismus, zur US-Unterstützung für Israel, zur andauernden Globalisierung – haben auch nach den Terroranschlägen Bestand. So werden die USA mehr denn je als unilateralistischer Akteur betrachtet, und der *goodwill* mit den USA, der sich direkt nach dem 11. September 2001 entwickelte, ist geschwunden.

Die internationale Unzufriedenheit mit den USA ist gewachsen. Als Hauptmotiv der USA für den Irak-Krieg vermuten die meisten Europäer das Interesse am Zugang zu den dortigen Ölvorräten. Dagegen sehen 2/3 der Amerikaner die Bedrohung der Sicherheit durch den Irak als Hauptgrund für das Eingreifen ihres Landes.

Vom *Chicago Council on Foreign Relations* wurden 1999 und im September 2002 zwei Berichte veröffentlicht, die die unterschiedlichen Auffassungen der Öffentlichkeit, der Machteliten und der Regierungspolitik zur amerikanischen Außenpolitik zu erklären suchten.<sup>5</sup> Die Erhebung von 1999 thematisierte die öffentliche Meinung und die Politik der Regierung in den USA. Die *Worldviews*-Erhebung von 2002 erfasste die öffentliche Meinung zu Außenpolitik, internationalen Angelegenheiten und Globalisierung in den USA und in den sechs europäischen Ländern Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Italien und Polen. Einige Ergebnisse dieser Erhebungen sind aufschlussreich für die Diskussion der US-EU-Beziehungen. Es werden verschiedene Punkte sichtbar, bei denen die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit deutlich von den Eliten und der Regierungspolitik abweicht. Die Eliten plädieren z.B. viel stärker für politischen ›Internationalismus‹ der Regierung als die breite Öffentlichkeit. Europa jedenfalls gilt in den USA immer noch als der wichtigste Freund und Verbündete.

In der vergleichenden Meinungsumfrage *Worldviews 2002* wird bei den Auffassungen zur Außenpolitik deutlich, dass Amerikaner wie Europäer den Terrorismus als größte Gefahr beiderseits des Atlantiks betrachten, an zweiter Stelle gefolgt von globaler Erwärmung (Europa) und dem Islam (USA). Interessanterweise hält nur ein Drittel der US-Amerikaner die Entwicklung der EU zur Supermacht für gut, während dieser Perspektive fast zwei Drittel der befragten Europäer zustimmen.

*III. Amerika und die EU: Positives und Negatives* — Seit 1945 hat der Einfluss der USA auf die europäische Außenpolitik und den Prozess der EU-Integration stetig zugenommen. Der erklärte Zweck der Zusammenarbeit war es, den gemeinsamen ökonomischen und militärischen Interessen zu dienen. Tatsächlich ging es den USA hauptsächlich um den Schutz der amerikanischen Sicherheitsinteressen. Ihren

Ausdruck fand die amerikanische Unterstützung für die Europäische Union im *Marshall-Plan* (1947), der Gründung der NATO (1949) und in der frühen Zustimmung zum *Schuman-Plan* (1950), soweit dieser auf den Prinzipien des US-Föderalismus bzw. einem Modell ›Vereinigter Staaten von Europa‹ basierte.

Am Beginn der 1990er Jahre stand die *Transatlantic Declaration on EC-US Relations*.<sup>6</sup> Darin wurden die bereits stattfindenden regelmäßigen Konsultationen festgeschrieben, und neue allgemeine Ziele wurden vereinbart. Nun vereinheitlichte die EG/EU ihren Binnenmarkt, schuf die Wirtschaftsunion, führte den Euro als gemeinsame Währung ein und bereitete die EU-Erweiterung vor. Innerhalb der NATO und in Fragen von Sicherheit und Verteidigung behaupteten die USA ihre Führungsrolle. Doch die europäische Einheit nach amerikanischem Modell führte zu Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und der EU, zu Unzufriedenheit der USA wegen der mangelnden europäischen Bereitschaft zur Mitwirkung am Jugoslawien-Krieg, zu Besorgnissen über die Entwicklungen in Mitteleuropa nach dem Ende des Kalten Krieges und schließlich zum Dissens in der Frage, wie der Frieden im Mittleren Osten bewahrt werden kann.

Die USA fragten sich bald, ob sie es nicht mit Europa leichter hatten, als dieses noch nicht vereint war, aber seine Länder einträchtig mit den USA gegen die UdSSR standen und noch keine »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) einer spezifisch europäischen politischen Gemeinschaft gesucht wurde. Für eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gibt es nun in den Mitgliedstaaten breite Unterstützung. Die Zusammenarbeit der EU innerhalb der OSZE, die Koordination der europäischen Verteidigungsindustrie, Vorschläge zu neuen Abkommen mit Drittstaaten, finanzielle Hilfsprogramme für Mitteleuropa und die Wiederbelebung der WEU als europäischer Eckpfeiler der NATO sind Kennzeichen einer erstarkenden EU-Souveränität. Europäer haben nun die Wahl, ob Außen- und Sicherheitspolitik eine zwischenstaatliche Angelegenheit, eine Aufgabe für die EU, den Ministerrat oder den Europäischen Rat oder eine einzelstaatliche Aufgabe ist. Auch zeigen sich in den Beziehungen der EU zu den so genannten AKP-Staaten (Atlantik-, Karibik-, Pazifik-Staaten), zu den ASEAN-Staaten, besonders zu Japan, und zu den Entwicklungsländern immer weiter reichende, neue Qualitäten der EU-Souveränität. Die USA werden die EU in zunehmendem Maße als vollwertigen Partner in einer neuen NATO akzeptieren müssen, der sich nicht mehr einfach steuern lässt.

Die negativen Seiten der Beziehungen zwischen den USA und der EU sollen hier nicht überbetont werden. Aber schon an wenigen Beispielen zeigt sich, dass der Weg zum gemeinsamen Glück nicht immer einfach ist. So legte beispielsweise das Europäische Parlament im Februar 1996 starre Quoten für den Empfang von US-Fernsehsendungen in Europa fest. Hauptsächlich von Frankreich kam der Vorschlag, verbindliche Importquoten für US-Filme zu beschließen. Insofern sind dem amerikanischen ›Kulturimperialismus‹ Grenzen gesetzt worden, deren Dauerhaftigkeit allerdings fraglich ist.

Das Verhältnis USA / EU wird u.a. von folgenden, sehr unterschiedlichen Konflikten<sup>7</sup> überschattet: die Handelskonkurrenz in Bezug auf China und Lateinamerika; US-amerikanische Embargos gegen Kuba und den Iran; Streitigkeiten innerhalb der WTO über den politischen Rahmen der Informationstechnologie, über Mobiltelefone und über Zölle; staatliche Subventionen für die Flugzeugindustrie; unterschiedliche Standards im Bereich der öffentlichen Sicherheit; weltweiter Absatz von Flugzeugen; die Normgröße von Bananen; *Scientology*; Fragen der Zulassung von Medikamenten; die Öffnung Osteuropas; Fischereistreitigkeiten; Steueroasen und Steuerflucht aus der EU; Anti-Dumping-Politik; hormonbehandeltes Rindfleisch und genmanipulierte Nahrungsmittel.

Seit 2000 entstanden außerdem Streitigkeiten über den Handel mit spanischen Apfelsinen und Stahlprodukten, über Agrarsubventionen, Uranimporte, Kosmetikbestandteile, Passagierlisten, Warenzeichenverletzungen, Maisstärke, Wegfall der US-Unterstützung für Abtreibungsberatung; Fluglärmreduzierung; Fahrzeugsicherheit; Kennzeichnungsfragen, Hafensteuern, Industriespionage, die Todesstrafe und verschiedene Umweltdebatten. Zur Erleichterung lässt sich sagen, dass diese und andere Streitigkeiten zwar große Aufmerksamkeit erregen, aber weniger als ein Prozent des gesamten Handels zwischen den USA und der EU ausmachen.

Zweifelloso aber haben sich die USA gegenüber der EU und der übrigen Welt in eine ›Festung Amerika‹ mit neo-isolationistischen und unilateralistischen Zügen begeben. Das hindert sie allerdings nicht daran, in der ganzen Welt Militäraktionen zu unternehmen, um ihre vitalen National- bzw. Sicherheitsinteressen zu wahren.

Auch viele positive Beispiele für die Kooperation zwischen der EU und den USA lassen sich anführen: Als einvernehmlich geregelt kann u.a. die Kontrolle von Atomkraft und Atomwaffen angesehen werden; die Kooperation bei der Terrorismusabwehr; militärische Kooperation im Kosovo, in Bosnien, Mazedonien und Afghanistan; die Bemühungen um eine HIV- bzw. Aidsprävention; der Kampf gegen den Hunger; die Zusammenarbeit bei der Brennstoffzellentechnologie; Fischereiabkommen; Planungen zu meteorologischem Datenschutz und Sicherheit von elektrischen Anlagen und Pharmazeutika.

In Europa sind Terrorismus und Krieg sehr viel präsenter als in den USA, wo es nur wenige Beispiele für einen Terrorismus im Inneren gab. Dass die EU sich zehn Tage nach dem 11. September 2001 zusammenfand, um einen Aktionsplan zu formulieren und ihre »Solidarität« mit dem amerikanischen Volk und den afghanischen Zivilisten zu bekunden, war ein Indikator für die europäische Besorgnis und Sympathie. Die EU bekräftigte ihren Willen zur Zusammenarbeit mit den USA und der UNO, um gemeinsame Probleme anzugehen und eine neue Sicherheitsinitiative zu unterstützen. Die EU fror verdächtige Bankkonten ein und schloss sich dem »Krieg gegen den Terror« in Afghanistan an, wobei erstmals Art. 5 der NATO-Charta in Geltung gesetzt wurde. Obwohl die Beteiligung der EU an dem eigentlichen Konflikt begrenzt war und sich auf eine gewichtigere Rolle in der Besatzungsarmee nach dem Ende der Kampfhandlungen konzentrierte, hat sich die

anschließende Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus nicht so entfaltet wie erhofft. Streitigkeiten z.B. über die Einsicht von US-Behörden in Passagierlisten europäischer Fluglinien, Datenschutz oder Ausweisungen verdarben, was als gute Investition in die Zukunft der US-EU-Beziehungen, NATO und UN gedacht war. Die Regierung Bush schaffte es, sich ihre Verbündeten zu entfremden. So wandelte sich eine nach dem 11. September 2001 vorteilhafte Situation für die USA kurzfristig in eine nachteilige.

*IV. Weitere Themen und Hintergründe der Beziehungen zwischen den USA und der EU* — Interessant ist der Blick auf neue Tendenzen in der politischen Kultur der USA. Diese neue politische Strömung in den USA gibt sich weder links noch rechts. Ihr geht es um Effizienz in der Regierung, politische Bildung und Bürgerbeteiligung. Die Bewegung beruft sich nicht auf Ideologien oder Klassen. Sie studiert bestehende Hierarchien und egalitäre Konzepte und ist postmaterialistisch. Diese Bewegung betont soziale Themen und (sozialen und wirtschaftlichen) Individualismus, befasst sich mit dem Wohlfahrtsstaat, wertet Parteien ab und Themen auf, und sie genießt die Unterstützung durch Yuppies oder Neo-Liberale. Sie tritt für Umweltschutz, Gleichheit der Geschlechter, Partizipation und Minderheitenrechte anstelle der ›alten‹ sozialen und ökonomischen Hauptthemen ein. Von dieser Bewegung könnten wichtige Impulse für eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der EU ausgehen.

Im Gegensatz dazu sehen Machttheoretiker die EU ihre wirtschaftlichen, geopolitischen und militärischen Entwicklung auf ansteigender Kurve, während die USA auf einer sinkenden Kurve des wirtschaftlichen, geopolitischen und militärischen Wachstums einen Abstieg begriffen sein. Machttechnisch hätten die USA ihren Höhepunkt hinter sich; nach wie vor sähen sie sich zur Führung verpflichtet, aber nur gegründet auf ihren enormen globalen Einfluss und ihre vergleichsweise große militärische und wirtschaftliche Stärke. Da die USA selbst liberale Demokratie und Marktwirtschaft verkörpern, haben sie mit diesen Prinzipien eine ›Nebelwand‹ errichtet, um die Probleme und die Konkurrenz mit den Handelspartnern zu verschleiern. Das Problem, den Handelswettbewerb zu gestalten und zu kanalisieren, werde bagatellisiert, während sich andere Themen wie Arbeit und Freihandel, Umweltschutz, Frauenrechte, Drogen und andere postmaterialistische Anliegen in den Vordergrund drängten. Diese Machtkreislauftheorie geht davon aus, dass ein Staat wie die USA von seiner gegenwärtigen Position als *Hegemon* in einer *pax americana* in eine andere Phase einer neuen Außenpolitik und Machtrollenverteilung gelangen kann, in der er als Erster unter Gleichen gilt und als Führungsmacht einer Koalition fungiert.<sup>8</sup> Einen entscheidenden Faktor in den Beziehungen zwischen den USA und der EU stellt die Wahrnehmung der Stärken und Schwächen des wirtschaftlichen Mitbewerbers dar. So zeigen aktuelle Trends, dass trotz eines US-amerikanischen Rekordwachstums die Rezession im Land bereits im vierten Jahr andauert, ohne Aussichten auf ein Ende und eine Erholung bei den

Arbeitslosenzahlen. Wie eine EU-Analyse im Oktober 2001 aufzeigte, gehören zu den langfristigen Problemen der USA die geringen Investitionen in die Infrastruktur, steigende medizinische Behandlungskosten und eine alternde Bevölkerung, ferner gewaltige Handelsdefizite und stagnierende Familieneinkommen in niedrigen Einkommensgruppen.

*V. Schlussfolgerung* — Ist das Glass halb voll oder halb leer? Wie sieht die Zukunft der Kooperation zwischen EU und USA im 21. Jahrhundert aus?

Die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den USA hängt von verschiedenen Faktoren ab. Werden amerikanische Werte wie etwa der Exzeptionalismus, der Liberalismus oder die *laissez faire*-Idee die Oberhand über amerikanischen Idealismus und Pragmatismus gewinnen? Von der Kraft von Nationalismus und Protektionismus in den USA wird in den nächsten Jahren auch die Gestalt einer ›neuen Weltordnung‹ abhängen. Diese muss gewappnet sein gegenüber einem engstirnigen Provinzialismus eines ›*America first*‹, eines ›Europa über alles‹ oder eines ›*L'union est à nous*‹.

Was die Zukunft der NATO angeht, die sich zusammen mit der EU nach Osten ausdehnt, so wird das Ausmaß der Zusammenarbeit im militärischen oder auch soziokulturellen Bereich auch die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene prägen. Viele unterschiedliche Positionen und Sonderentwicklungen innerhalb der EU müssen zunächst geklärt werden – etwa in Bezug auf Großbritannien, Frankreich, Dänemark usw., wo der Euro oder der Einfluss der USA in Europa abgelehnt werden. Anders als Deutschland oder die Niederlande wünscht sich Frankreich die USA weder als militärischen Verbündeten noch als ökonomischen Partner in Europa. Sowohl aus diesem Faktum als auch aus jüngsten Vorschlägen zur Reduzierung der US-Truppenstärke in Deutschland um 50% erwachsen große Hemmnisse für eine weitere Beteiligung der USA an der europäischen Integration.

Künftig wird vieles von den Entwicklungen in der übrigen Welt ebenso wie von dem andauernden Frieden in Gesamteuropa abhängen. Andere geopolitische und geostrategische Umstände werden davon beeinflusst, inwieweit die EU mit asiatischen Staaten, insbesondere China und Japan, kooperiert und der relative Frieden in Osteuropa oder dem mittleren Osten hält. All diese Faktoren werden direkte Auswirkungen auf die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und den USA haben.

Mögliche oder unvermeidliche Handelskriege zwischen den USA und der EU, insbesondere hinsichtlich Schlüsselindustrien wie Computer- oder Stahlindustrie, sind schon oft vorhergesagt worden. Die Problemlösungsmechanismen, die sich in der WTO etabliert haben und auf die beide Seiten verstärkt zurückgreifen, sorgten mit dafür, solche Explosionen zu vermeiden. Insofern geht es in der Zukunft nicht um die Möglichkeit eines Handelskrieges, sondern um die spannende Frage, ob und wann die EU die Willenskraft und Macht haben wird, als neuer globaler Hegemon die USA abzulösen. Mit ihrem Willen zu weiterem wirtschaftlichen,

politischen und militärischen Wachstum ist die EU möglicherweise das ›schnellste Pferd‹ in diesem Rennen, zumal dann, wenn eine europäische Verteidigungsmacht und eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik Wirklichkeit geworden sind. Auch wenn ein Hegemon typischerweise mit Gewalt Vorbeugung gegen seine Ablösung betreibt: Gewinnt die EU weiter an Macht und Einfluss und wächst sie zu einer Weltmacht heran, so ist weniger wahrscheinlich, dass dies wie bei den USA mit der Ausübung militärischer Gewalt einhergeht.

Dennoch muss sich die EU zunächst auf die eigene Entwicklung konzentrieren, da man sich nicht überall gleichzeitig militärisch beteiligen kann – wie es die USA in Liberia, Irak, Afghanistan, Korea, Kosovo, Bosnien, Mazedonien wieder einmal lernen mussten. Die Philosophie der EU, unbeschränkte und wechselseitige Hilfe zu leisten, anstatt hilfsbedürftigen und kampfbereiten Staaten Waffen zu liefern, wird sich dagegen auf Dauer sicherlich bezahlt machen.

Die USA sind voll und ganz in ihrer Rolle als Supermacht Nr. 1 aufgegangen und haben ihren Zugriff global überdehnt. Aber Probleme mit der derzeitigen US-Administration liegen nicht nur in der Person von Bush begründet, sondern auch in seinen Handlangern und politischen Unterstützern. Dennoch wird die amerikanische Öffentlichkeit eine finanzielle Belastung von monatlich 4 Mrd. Dollar zusätzlich zu einem jährlichen Verteidigungshaushalt in Höhe von 400 Mrd. Dollar auf die Dauer kaum hinnehmen. Vor ›*nine-eleven*‹ präsentierten sich die USA als innenpolitische Isolationisten. Sie werden zu dieser bequemen Rolle wieder zurückkehren, erst recht dann, wenn die Opfer deutlich werden, die für die Finanzierung ständiger Kriege erbracht werden müssen. So wird hoffentlich der Fundus an *goodwill* die Partnerschaft zwischen den USA und der EU auch in der Zukunft weiterhin stärken können.

- 
- 1 Robert Brown: *America's Way with the World*. Lanham 2000.
  - 2 Charles Kupchan: *The End of the American Era*. New York 2002, hier S. 62-68, 150, 310-336.
  - 3 I. Kawachi / B. Kennedy: *The Health of Nations*. New York 2002.
  - 4 S. Verba / K. Schlozman / H. Brady: *Voice and Equality, Civic Volunteerism in American Politics*. Cambridge, Mass. 1995.
  - 5 Chicago Council on Foreign Relations: *US Public Opinion and Foreign Policy*. Chicago 1999 – Ders: *Worldviews 2002. American and European Public Opinion and Foreign Policy*. Chicago 2002.
  - 6 Im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/us/economic\\_partnership/declaration\\_1990.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/us/economic_partnership/declaration_1990.htm)
  - 7 Vgl. auch die längere Liste in Russell Farnen u.a. (Hg.): *Democratization, Europeanization, and Globalization Trends*. Frankfurt/Main 2004, hier Kapitel 22.
  - 8 Siehe C. Doran (Hg.): *Power Cycle Theory and Global Politics*. In: *International Political Science Review* 24/1 (Januar 2003), S. 5-172, bes. S. 5-12, 69, 83-95, 97-109, 123-130.

### Weiterführende Literatur

- F. Alden / F. Schurmann: *Neo-Nationalist Fallacies*. In: *Foreign Policy* 87 (1992), S. 104-123.  
L. Bennett: *The Uncivic Culture: Communication, Identity, and the Rise of Lifestyle Politics*. In: *Political Science & Politics* 31/4 (1998), S. 741-761.  
T. Clark / V. Hoffmann-Martinot (Hg.): *The New Political Culture*. Boulder 1998.  
The European Commission (Hg.): *EU/US News* (Brüssel), fortlaufend.

- European Communities (Hg.): Bilateral Trade Relations. USA. Economic Relations. (2001, aktualisiert bis Juni 2003), S. 1-8; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/usa/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/usa/index_en.htm)
- European Communities (Hg.): EU-US Summit. 29. April 2002, S. 1-5; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/us/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/us/intro/index.htm).
- European Communities (Hg.): The EU's Relations with the United States of America. Overview. 22. Juni 2003, S. 1-6; im Internet unter: [http://www.europa.eu.int/comm/external\\_relations/us/intro/](http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/us/intro/).
- Hellenic Ministry of Foreign Affairs (Hg.): EU-USA Summit. 25. Juni 2003, S. 1-2; im Internet unter: <http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/6/25/3154/>.
- D. Moisi: The Real Crisis Over the Atlantic. In: Foreign Affairs 80/4 (Juli/August 2001), S. 149-159.
- C. Patten: We in the EU Stand by the Americans. In: Guardian Unlimited Archive, 15. September 2001, S. 1-3.
- C. Patten: EU-US: The Indispensable Partnership. In: Europa, hg. von der Europäischen Kommission (Brüssel), 3. Dezember 2002.
- T. Patterson: We the People. 5th edition. New York 2004.
- Pew Global Attitudes Project: 44 Nation Public Opinion Poll Finds Global Gloom, Anti-Americanism, and Opposition to War with Iraq. 4. Dezember 2002; im Internet unter: <http://www.pewtrusts.com/news/news-subpage>.
- Pew Research Center for the People and the Press: Bush Unpopular in Europe, Seen As Unilateralist. 15. August 2001, S. 1-8, im Internet unter: <http://people-press.org/reports/print.php3?ReportID=5>.
- Pew Research Center for the People and the Press: America Admired, Yet Its New Vulnerability Seen As Good Thing, Say Opinion Leaders. Little Support for Expanding War on Terrorism. 19. Dez. 2001, S. 1-20; im Internet unter: <http://people-press.org/reports/display.php3?ReportID=145>.
- Pew Research Center for the People and the Press: Americans and Europeans Differ Widely on Foreign Policy Issues. Bush's Ratings Improve, but He's Still Seen as Unilateralist. 17. April 2002, S. 1-16; im Internet unter: <http://people-press.org/reports/print.php3?ReportID=153>.